

Fakten und Argumente

*Angela Merkel:
Die Sozialdemokraten
zeigen Nerven, nicht
nur bei der Ökosteuer,
sondern auch bei der
Debatte um Identität,
Nation und Vaterland.
Beim ÖTV-Kongress hat
der Bundeskanzler dies
unter Beweis gestellt.
Aber mit „Basta“, Herr
Bundeskanzler, ist es in
unserem Land nicht
getan.*



Foto: Frank Ossenbrink

ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

Merkel: Wir sind **weiter** als alle anderen Parteien

In ihrer ersten Sitzung in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode haben am 6. Nov. Präsidium und Bundesvorstand eine umfangreiche Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungskommission der Partei beschlossen. Dazu erklärte die Parteivorsitzende Angela Merkel:

Die CDU ist damit die erste Partei in Deutschland, die konkrete Eckpunkte für ein Zuwanderungs- und Integrationskonzept vorlegt. Dieses Konzept steht auf zwei Säulen: **■ Zum einen** wollen wir ein klares Bekenntnis zur Nation, zu unserem Vaterland, zu weltoffenem Patriotismus, zu

Fortsetzung auf Seite 3

DOKUMENTATION

ARBEITSGRUNDLAGE FÜR
DIE ZUWANDERUNGS-
KOMMISSION DER CDU

Wir wollen eine vernünftige Zuwanderungspolitik, die die Interessen unseres Landes und der hier lebenden Menschen berücksichtigt

■ Peter Müller:

Wir erwarten von den Zuwanderern, dass sie unseren Wertekonsens mittragen

■ Wolfgang Bosbach:

Der Familiennachzug muss begrenzt bleiben

INNENTEIL

Die Kultur **gegenseitigen** Verstehens und Respekts weiter ausbauen

Anlässlich des Gesprächs zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Präsidium der CDU am 2. Nov. erklärten der Präsident des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, und die Parteivorsitzende Angela Merkel:

Das Entstehen und Wachsen jüdischer Gemeinden in Deutschland ist Ausdruck des Vertrauens in unsere Demokratie. Es ist ein großes Glück und Wunder, dass mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Holocaust – gerade die junge Generation – an die jahrhundertlange Tradition eines friedlichen, von gegenseitigem Respekt und von Toleranz getragenen Zusammenlebens in Deutschland anknüpft.

Wir begrüßen das gestiegene Interesse an jüdischer Kultur in Deutschland. Die außerordentliche Entwicklung von Philosophie, Wis-

senschaft, Wirtschaft und Kultur in Deutschland wäre vor allem seit dem 18. Jahrhundert ohne die großartigen Beiträge jüdischer Bürger nicht möglich gewesen.

Die vielen Menschen jüdischen Glaubens, die nach Deutschland gekommen sind, sollen in ihrer Entscheidung bestätigt werden. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens muss in Deutschland alltäglich werden.

Alle Bürger müssen in Deutschland sicher leben können. Die feigen und abscheulichen Angriffe auf Juden und ihre Einrichtungen sind Angriffe auf alle Deutschen und auf die Grundwerte unserer Nation und Verfassung.

Wir ächten jede Form von freiheitsfeindlichem Verhalten in Wort und Tat. Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt treten wir entschieden entgegen.

Der sich aus diesen Wurzeln speisende Rechtsextremismus ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es muss alles getan werden, um die abscheulichen Taten aufzuklären und zu bestrafen.

Wertefundierte Orientierung wirkt den geistigen Wurzeln des Extremismus entgegen. Wertevermittlung und Werteerziehung in Schule und Familie messen wir ebenso hohe Bedeutung zu wie dem Verantwortungsgefühl der Medien und dem Vorbild gesellschaftlicher Organisationen und öffentlicher Personen.

Die Kultur des gegenseitigen Verständnisses, Verstehens und Respekt muss weiter ausgebaut werden, damit das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens in Deutschland für alle als alltäglich gilt. Wir begrüßen eine Intensivierung des religiösen Dialogs.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

Toleranz und Zivilcourage. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn diese Werte in dem Papier als Leitkultur in Deutschland bezeichnet werden. Wir geben das Bekenntnis zu unserer Nation ab, weil wir wissen: Nur wer bei sich selbst ist, kann auch bei anderen sein. Nur wer sich über sich selbst gewiss ist, kann auch offen für andere sein.

Ein Zuwanderungs- und Integrationskonzept kann ohne eine Debatte um unser eigenes Selbstverständnis als Nation nicht gelingen. Wenn wir einer Debatte über die Grundlagen dessen ausweichen, was unser Land zusammenhält, dann wird unser Land bei der Integrations- und Zuwanderungspolitik scheitern. In dieser Frage haben die Linken historisch versagt. Sie werden auch in Zukunft versagen, wenn sie ihre Lebenslüge über eine multikulturelle Gesellschaft nicht überwinden.

Die zweite Säule markiert eine entscheidende qualitative Weiterentwicklung in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik der Union. Die CDU sagt Ja zur Zuwanderung in unser Land. Aber auch bei dieser Aussage stellen wir uns der Wirklichkeit unseres Landes. Zuwanderung kann nur

erfolgreich sein, wenn sie geregelt ist und ein Integrationskonzept einschließt.

Auf diesen beiden Säulen hat die Zuwanderungskommission unserer Partei mit der beschlossenen Diskussionsgrundlage einen klaren Arbeitsauftrag erhalten. Wir sind damit weiter als alle anderen Parteien.

Eingebettet in eine umfassende Erneuerung

Mir ist aber auch wichtig, dass dieses Thema nicht isoliert betrachtet wird. Es ist eingebettet in die mit Erfurt 1999 begonnene umfassende inhaltliche Erneuerung unserer Partei. Diese Erneuerung dient im Ergebnis der Erneuerung unseres Landes. Deshalb ist klar- und darüber hat es in Präsidium und Bundesvorstand Einigkeit gegeben -, dass wir unsere umfassende inhaltliche Erneuerung nicht auf ein Thema verengen lassen werden. Die Menschen werden im Jahr 2002 sehr klar darüber entscheiden, bei welcher Partei sie mehr vom Leben haben – sozial, wirtschaftspolitisch, innenpolitisch, ethisch.

Auf diesem Weg hat die Kommission „Starker Bürger, starker Staat“ von Christa Thoben ein Konzept zur Modernisierung des Staates

vorgelegt, das seinesgleichen sucht. Auf diesem Weg werden die Kommissionen „Neue Soziale Marktwirtschaft“ und „Innere Sicherheit“ in der nächsten Präsidentschafts- und Bundesvorstandssitzung ihre Arbeitsgrundlagen vorlegen. Auf diesem Weg werden wir am 20. November in Stuttgart auf dem Kleinen Parteitag bildungspolitische Leitsätze der Zukunft beschließen. Auf diesem Weg werden wir noch im Dezember dieses Jahres einen Kongress zu Fragen der ethischen Verantwortlichkeit von biotechnologischen Entwicklungen durchführen.

Meinungen zusammenführen

Die SPD zeigt in diesen Tagen Nerven – der Bundeskanzler hat dies beim ÖTV-Kongress in erschreckender Weise unter Beweis gestellt. Mit „Basta“, Herr Bundeskanzler, ist es in unserem Land aber nicht getan. Die Menschen lassen sich den Mund nicht verbieten. Wir dagegen werden unterschiedliche Meinungen aushalten und zu einem Ziel zusammenführen – und das nicht als Anstrengung oder Zumutung wie der Bundeskanzler empfinden, sondern als Bereicherung. 

Sozialverträgliche **Flexibilität** statt bevormundende Reglementierung

Die Schlüsselfrage für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit ist die zufriedenstellende Regelung der Kinderbetreuung. In einer modernen Gesellschaft darf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht das ausschließliche Problem von Frauen und Familien sein.

Die CDU hat in ihrem neuen familienpolitischen Programm die Forderung erhoben, einen Anspruch auf Teilzeitarbeit in Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern gesetzlich zu verankern. Das Auslaufen des Beschäftigungsförderungsgesetzes zum Jahresende bietet Gelegenheit, diese Forderung umzusetzen.

Eine Neufassung des Beschäftigungsförderungsgesetzes muss folgende Regelungen zugunsten von Familien und kindererziehenden oder in der Pflege engagierten Personen enthalten:

■ Mit vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern soll auf Antrag eine geringere als die regelmäßige Arbeitszeit vereinbart werden können, wenn sie ▶ mindestens ein Kind unter 12 Jahren oder ▶

einen nach ärztlichem Gutachten erheblich pflegebedürftigen nahen Angehörigen tatsächlich betreuen oder pflegen oder ▶ in der Erwerbstätigkeit gemindert sind und wenn betriebliche Gründe einer solchen Vereinbarung nicht entgegenstehen. ■ Vollzeitbeschäftigte

ENTSCHLISSUNG NEUREGELUNG DER TEILZEITARBEIT

Arbeitnehmer, die aus einem anderen Grund eine Teilzeitbeschäftigung vereinbaren wollen, sollen von ihrem Arbeitgeber verlangen können, dass er mit ihnen die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung mit dem Ziel erörtert, zu einer solchen Vereinbarung zu gelangen.

■ Ist mit einem früher vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer auf dessen Wunsch eine nicht befristete Teilzeitbeschäftigung vereinbart, soll der Arbeitnehmer bei Besetzung eines Vollzeitarbeitsplatzes bei gleicher Eignung im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten bevorzugt berücksichtigt werden.

Eine derartige Regelung im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes bringt die berechtigten Interessen der Familien und vor allem auch der mittelständischen Wirtschaft zu einem sozial abgewogenen Ausgleich.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf hingegen ist wirtschaftsfeindlich und bringt überdies die Familien nicht weiter. Der geplante nahezu voraussetzungslose Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit steht im Widerspruch zu der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit und zur allgemeinen Vertragsfreiheit. Es steht zu befürchten, dass Unternehmen bei steigendem Personalbedarf verstärkt auf Überstunden ausweichen, statt befristet einzustellen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland braucht ein hohes Maß an sozialverträglicher Flexibilität, nicht aber bevormundende Reglementierung. Die CDU lehnt daher die von der Bundesregierung geplante Neuregelung des Beschäftigungsförderungsgesetzes ab.

Formen des Zusammenlebens, die wir respektieren – aber keine Ehen

1. Ehe und Familie sind die Keimzelle jeder staatlichen Gemeinschaft. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Frau und Mann partnerschaftlich füreinander und als Mutter und Vater für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Ehe und Familie stehen darum unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung (Art. 6 Abs. 1 GG). Diese Grundentscheidung unserer Verfassung steht nicht zur Disposition.

Unsere pluralistische Gesellschaft und unser freiheitlicher Staat belassen dem Einzelnen weitestgehende Freiheit in der privaten Lebensgestaltung. Das gilt auch für die Sexualität als Teil der Privat- und Intimsphäre des Menschen. Der Staat beschränkt sich auf den strafrechtlichen Schutz der sexuellen Selbstbestimmung und den Jugendschutz.

Homosexuelle Menschen und Lebensgemeinschaften haben in unserer Gesellschaft Anspruch auf Nichtdiskriminierung, Achtung und Nichtausgrenzung. Wo insofern Defizite bestehen, sind dies in aller Regel nicht

Fragen des Rechts, sondern des alltäglichen Umgangs in der Gesellschaft. Die Gesellschaft, ihre Mitglieder und Institutionen sind aufgerufen, Zurücksetzungen und Benachteiligungen im Alltag entgegenzutreten.

Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die einen gleichgeschlechtli-

STELLUNGNAHME ZUM ENTWURF DER BUNDESREGIERUNG

chen partnerschaftlichen Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Auch in solchen Beziehungen können Werte gelebt werden, die für unsere Gesellschaft grundlegend sind. Es macht keinen Sinn und ist nicht im Interesse der Gesellschaft, diejenigen, für die Ehe und Familie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung als Lebensform nicht in Frage kommen, die Chance einer bürgerlichen Existenz und eines würdigen und erfüllten Lebens zu erschweren.

2. Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung stellen gleichgeschlechtliche nicht-

eheliche Lebensgemeinschaften in ihren Rechtswirkungen der Ehe weitestgehend gleich. Vereinzelte Variationen der für die Ehe geltenden Regelungen ändern nichts an dem Sachverhalt, dass durch Änderung von 112 Gesetzen eine nahezu vollständige Kopie des überkommenen familienrechtlichen Instituts der Ehe erzeugt werden soll. Dies ist weder mit unserem Leitbild von Ehe und Familie noch mit unserer Verfassung zu vereinbaren. Deshalb halten wir den vorgelegten Gesetzentwurf für verfassungswidrig.

Unsere Verfassung trägt dem Staat nicht nur eine Schutzpflicht für Ehe und Familie auf; sie stellt diese vielmehr ausdrücklich unter den "besonderen" Schutz der staatlichen Ordnung (Art. 6 Abs. 1 GG). Besonderer Schutz setzt eine exklusive Rechtsform voraus. Das bedeutet, dass die Rechtsfolgen der Ehe nicht unter bloß anderer Bezeichnung auf andere Lebensformen übertragen werden dürfen.

Die verfassungsrechtliche Pflicht des Staates zu besonderem Schutz und beson-

derer Förderung von Ehe und Familie wird auch dadurch beeinträchtigt, wenn die zur Förderung von Ehe und Familie eingesetzten staatlichen Mittel bei gleicher Höhe durch breitere Verteilung auf andere Empfänger vermindert würden.

Im Grundgesetz ist ein vom Verfassungsgeber vorgefundenes Leitbild von Ehe und Familie verankert. Auch der Respekt für andere Formen des Zusammenlebens darf nicht die soziale und rechtliche Stellung der Ehe dadurch beschädigen, dass ein anderes, konkurrierendes Leitbild für das Zusammenleben etabliert wird.

Eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften mit der Ehe ist nicht aus Gründen der Gleichbehandlung geboten, sondern unangemessen und verstößt gegen die Verfassung. Der Gleichheitssatz (Art. 3 GG) gebietet, dasjenige gleich zu behandeln, was wesentlich gleich ist. Ungleiches ist gerade nicht gleich, sondern gerechterweise ungleich zu behandeln.

Zum Wesenskern des im Grundgesetz verankerten Instituts der Ehe gehört die Geschlechtsverschiedenheit der Eheleute. Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung entschieden, dass die Ehe

nach Artikel 6 Abs. 1 GG die Vereinigung von Mann und Frau zu einer Lebensgemeinschaft ist.

Die Gemeinsame Verfassungskommission des Deutschen Bundestages und des Bundesrates hat eine Änderung des Grundgesetzes insofern bewusst abgelehnt.

Die in den Gesetzentwürfen der Bundesregierung angestrebte umfassende Kopie der Ehe ist weder mit der Verfassung vereinbar noch von der Sache geboten.

3. Unser geltendes Recht unterscheidet schon heute grundsätzlich nicht nach der sexuellen Orientierung. In mancher Hinsicht stellt sich die Situation für homosexuelle Lebensgemeinschaften aber tatsächlich anders dar als für die Partner heterosexueller nichtehelicher Lebensgemeinschaften.

Die in der in der rechtspolitischen Diskussion der vergangenen Monate angeführten Rechtsprobleme gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften rechtfertigen jedoch unter keinem Gesichtspunkt die Einführung eines neuen familienrechtlichen Instituts als umfassender Kopie der Ehe.

Wo Anliegen homosexueller Lebenspartner schon jetzt im Rahmen des geltenden Rechts durch vertragliche Gestaltung oder einsei-

tige Willenserklärungen zu erfüllen sind, besteht kein Bedarf für eine gesetzliche Reform. Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.

Für die Aspekte, in denen eine angemessene Lösung weder durch vertragliche Vereinbarung der Partner untereinander noch durch einseitige Willenserklärungen wie Testament oder Vollmacht erreicht werden kann, sollte durch einzelne gesetzliche Regelungen Rechtssicherheit geschaffen werden.

Hierzu sollten folgende Punkte zählen:

■ **Eintrittsrecht in den Mietvertrag im Todesfall für den überlebenden Partner:** Nach dem Tod des Mieters treten Familienmitglieder nach dem Gesetz in das bestehende Mietverhältnis automatisch ein. Der Bundesgerichtshof hat diese Regelung auf den Partner einer heterosexuellen Lebensgemeinschaft ausgedehnt. Der Partner einer homosexuellen Lebensgemeinschaft ist in diesem in der praktischen Lebenswirklichkeit nicht unerheblichen Punkt schlechter gestellt. Abhilfe könnte durch eine Änderung des Mietrechts geschaffen werden.

■ Zeugnisverweigerungsrecht im Zivil- und Strafprozeß:

Vor Gericht wird neben den Ehegatten auch Verlobten, Verwandten und Verschwägerten in gerader Linie, Verwandten in der Seitenlinie bis zum dritten Grad, Pflegeeltern und Pflegekindern ein Zeugnisverweigerungsrecht eingeräumt. Damit soll die Zwangslage, zu Lasten einer nahestehenden Person aussagen zu müssen, vermieden werden. Dies könnte aufgrund der vergleichbaren Lage auf Partner einer – heterosexuellen wie homosexuellen – Lebenspartnerschaft ausgedehnt werden.

■ Besuch in Strafvollzugsanstalten:

Die großzügigeren Bedingungen für den Besuch von Angehörigen in Strafvollzugsanstalten (§ 25 Nr. 2 StVollzG) könnten auf homosexuelle Partner ausgedehnt werden.

■ **Totenfürsorge:** Die Vorschriften des Bestattungsrechts könnten dahingehend modifiziert werden, dass der langjährige homosexuelle Partner des Toten ein den sonstigen Berechtigten nicht nachrangiges Recht zur Totenfürsorge eingeräumt bekommen kann, das seinen Ausschluss von der Beerdigung durch die Angehörigen verhindert.

■ Auskunfts- und Besuchsrecht:

Die Vorschriften über

das Auskunfts- und Besuchsrecht bei Ärzten und in Krankenhäusern könnten – auch wenn eine förmliche Vollmachtserklärung nicht vorliegt – flexibilisiert werden.

Zum Nachweis des Vorliegens einer nichtehelichen Lebenspartnerschaft zwischen Homosexuellen könnte in diesen Fällen ein von einem Notar beurkundetes Dokument dienen, in dem, soweit von den Partnern gewünscht, deren weitere Verhältnisse durch Verträge bzw. testamentarische Verfügungen geregelt werden könnten (Notariatslösung).

Wir erwarten von der Bundesregierung:

■ den Bundesminister des Innern und die Bundesministerin der Justiz als Verfassungsminister um eine sorgfältige Prüfung der jetzt vorgelegten Gesetzesvorschläge auf ihre Kompetenzgrundlage, Zustimmungsbedürftigkeit sowie Vereinbarkeit mit Art. 6 und 3 des Grundgesetzes zu ersuchen;

■ den Deutschen Bundestag nicht mit Gesetzentwürfen zu befassen, welche die besondere Schutzpflicht des Staates, die institutionelle Garantie und das verfassungsrechtliche Leitbild der

Ehe dadurch beeinträchtigen, dass sie die besonderen Regelungen der Ehe auf andere Lebensformen übertragen;

■ im Zusammenwirken mit der Justizministerkonferenz der Länder diejenigen Bereiche zu identifizieren, in denen durch die bestehenden Möglichkeiten privatautonomer rechtlicher Gestaltung nicht behebbare Probleme der gemeinsamen Lebensführung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften bestehen;

■ dem Deutschen Bundestag noch in diesem Jahr einen Bericht darüber vorzulegen, in welchen Bereichen nach Ansicht der Praxis trotz der bestehenden rechtlichen Gestaltungsmittel des geltenden Rechts ein besonderer punktueller gesetzgeberischer Handlungsbedarf des Bundes oder der Länder besteht, und Regelungsvorschläge zu unterbreiten;

■ in einer Informationskampagne auf die nach geltendem Recht bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten und auf die Notwendigkeit privatautonomer Regelung persönlicher Verhältnisse in von der gesetzlichen Typisierung abweichenden Situationen sowie die bestehenden Möglichkeiten zur Einholung sachkundigen Rechtsrates hinzuweisen. **UD**

Diskutieren Sie mit uns über Bildung

Als erste Partei in Deutschland veranstaltet die CDU vom 6. bis 16. November einen Internet-Parteitag in ihrem Mitgliedernetz.

Im Rahmen dieses virtuellen Parteitages haben alle Mitglieder die Möglichkeit, kontroverse Themen rund um die bildungspolitischen Leitsätze der CDU zu diskutieren und darüber abzustimmen.

Zu diesen Themen zählen die Einführung von islamischem Religionsunterricht an deutschen Schulen, die generelle Einrichtung des Abiturs nach zwölf Schuljahren sowie der Beginn des Fremdsprachenunterrichts und die Frage der Studiengebühren.

Diese Themen wurden ausgewählt, da sie in vielen der 1.160 Änderungs- und Ergänzungsanträgen angesprochen werden, die zum Leitantrag

ERSTER INTERNET-PARTEITAG DER CDU

des Bundesvorstands eingegeben sind.

Im Rahmen des Internet-Parteitages können alle Mitglieder Stellung nehmen und abstimmen. Ein Delegierten-Prinzip gibt es nicht. Die Mitglieder müssen sich lediglich

im Vorfeld durch ihre Mitgliedsnummer identifizieren, damit gewährleistet ist, dass nur CDU-Mitglieder an der Debatte teilnehmen. Auf dem gleichen Weg wird auch sichergestellt, dass jedes Mitglied nur einmal an der Abstimmung teilnimmt.

Die Ergebnisse des Internet-Parteitages werden den Delegierten auf dem Parteitag in Stuttgart am 20. November als Information für ihre Beratungen zur Verfügung gestellt und können damit in deren Entscheidung

einfließen. Agela Merkel in ihrem Aufruf zur Teilnahme am Internet-Parteitag: Die CDU verknüpft das Internet mit dem realen Parteileben und ist damit den politischen Mitbewerbern einen Schritt voraus.

[http://](http://www.mitglied.cdu.de)

Zugang zum
Mitgliedernetz:
www.mitglied.cdu.de

Anregungen zum
Mitgliedernetz senden
Sie bitte per E-Mail an:
CDUnet@cdu.de

DIRK FISCHER UND EDUARD LINTNER:

Fünf vor zwölf für die **Bahn**

Zur aktuellen Situation der DB AG und den Meldungen über neue Milliardenverluste erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU und der Berichterstatter für den Schienenverkehr:

Es ist mittlerweile Fünf vor Zwölf für die Bahn. Die rot-grüne Bundesregierung muss endlich handeln. Dies hat die Anhörung zur Bahnreform am 11. Oktober bestätigt, dies zeigt mit schonungsloser Offenheit

der neue Bericht zur Situation der Bahn. Er bestätigt, wie notwendig unser Antrag „Bahnreform 2“ mit seinen Forderungen an die Bundesregierung ist.

Die Bahnreform ist von der Anlage und den gesetzlichen Rahmenbedingungen her richtig, ihre Umsetzung läuft aber in die falsche Richtung, da eine Zementierung der Monopolstellung des staatlichen Unternehmens den Wettbewerb auf der Schiene verhindert.

CHRISTOPH BÖHR:

Wir brauchen mehr **Wettbewerb** der Länder um gute Landespolitik

Nach gut einjähriger Beratung hat eine Kommission der CDU Rheinland-Pfalz ein Diskussionspapier zur „Reform des Föderalismus und der Finanzverfassung“ vorgelegt.

Dieser Vorschlag geht weit über allgemeine Reformgrundsätze hinaus und enthält detaillierte Vorschläge ■ für eine neue Verteilung der Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern, ■ für eine neue Finanzverfassung der Bundesrepublik ■ für eine grundlegende Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, ■ für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, ■ für eine Sicherung und Verankerung des Föderalismus in der Europäischen Union.

Wir müssen den Weg hin zu mehr Wettbewerbsföderalismus einschlagen.

Die CDU Rheinland-Pfalz will dazu beitragen, ■ einen Wettbewerb der Länder um gute Landespolitik, einschließlich Steuer-, Finanz-, Wirtschaftspolitik möglich zu machen, ■ die Entmachtung der Länderparlamente zu stoppen und ih-

nen neue Gestaltungsaufgaben und Kontrollfunktionen zu geben, ■ die Finanzverhältnisse zwischen Bund und Ländern durchschaubar und verständlich zu machen, ■ die Gesetzgebungskompetenzen und die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen, ■ den Bestand der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands auch in der Europäischen Union zu sichern.

Dazu müssen vor allem zwei Ziele erreicht werden: Eine Reform der Finanzverfassung und eine Reform des Länderfinanzausgleichs.

Trennsteuersystem

Die CDU Rheinland-Pfalz schlägt ein Trennsteuersystem vor, bei dem der Bund die Gesetzgebungs- und die Ertragshoheit der Mehrwertsteuer erhält. Die Länder erhalten die Ertragshoheit der Einkommens- und Körperschaftssteuer. Auf einer bundeseinheitlichen Bemessungsgrundlage können sie Zu- und Abschläge auf einen bundeseinheitlichen Tarif erheben.

Die Länder erhalten die Gesetzgebungshoheit über die Ländersteuer. Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sowie die sonstigen in der Verfassung vorgesehenen Mischfinanzierungen werden ersatzlos abgeschafft.

Der Länderfinanzausgleich muss ebenfalls reformiert werden. Zukünftig sorgt der Bund bei besonders finanzschwachen Ländern für eine Vorabauffüllung auf 85 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder. Im horizontalen Finanzausgleich führen die finanzstarken Länder 50 Prozent des Betrages, der über die durchschnittliche Finanzkraft hinausgeht, ab.

Die finanzschwächeren Bundesländer erhalten 50 Prozent des Betrages, um den sie die durchschnittliche Finanzkraft unterschreiten. In Verbindung mit der Vorabauffüllung durch den Bund werden auf diese Weise für alle Länder mindestens 92,5 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft vor Ausgleich gesichert. **UD**

Treueverstoß

■ Die Bundesregierung soll Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen erheben. Das hat vor dem Bundesverfassungsgericht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragt. Anlaß: Das Land hat das Immunitätsrecht des Deutschen Bundestags verletzt, indem es wenige Tage vor der Landtagswahl ohne Anfangsverdacht Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen bei dem CDU-Abgeordneten Ronald Pofalla erzwirkte und gegen das Verfassungsprinzip der Bundestreue verstieß. Eckart von Klaeden, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU: „Wir sahen uns zu diesem Schritt gezwungen, weil entgegen unserer Aufforderung die Bundesjustizministerin dazu nicht bereit war.“

Verschleierung

■ Zur „Melk-Kuh“ macht Rot-Grün wieder Mal den Mittelstand. Diesmal ist es eine weitere Einschränkung bei den Abschreibungen, mit der ohnehin erschwerte Investitionen noch schwerer werden. Um durchschnittlich 40 Prozent will Eichel die Nutzungsdauer für bewegliche Wirtschaftsgüter verlängern, nachdem er bereits die degressive Abschreibung von 30 auf nur

noch 20 Prozent verschlechtert hat. Hansjürgen Doss, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Zielrichtung der Maßnahme – wie gehabt. Sie lässt sich auch durch Feilschen um Prozentsätze und Zeiträume nicht verschleiern.“

Händeringende Suche

■ Zehntausende von Arbeitsplätzen könnten geschaffen werden, wenn es die Auswirkungen des Scheinselbständigkeitsgesetzes nicht gäbe und Franchise-Geber nicht länger händeringend Franchise-Nehmer suchen müssten. 38 Milliarden Mark haben die 330.000 Beschäftigten dieser Unternehmensform im letzten Jahr erwirtschaftet. Hansjürgen Doss, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU, nach einem Gespräch mit dem Deutschen Franchise Verband (DFV): „Existenzgründer dürfen nicht länger durch den rot-grünen Regulierungswahn vom Schritt in die Selbständigkeit abgehalten werden.“

Am Ziel vorbei

■ Die Reduktion von CO₂-Emissionen könnte mit wirksameren Mitteln erreicht werden als ausgerechnet mit der Ökosteuer. Rot-Grün bleibt aber stur und ignoriert jede Kritik, die von Experten kommt. „Am eigentlichen

Ziel vorbei“ – lautet das Fazit des Sachverständigenrats für Umweltfragen in seinem „Umweltgutachten 2000“ zur Ökosteuer. Klaus Lippold, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Beim Klimaschutz hat die rot-grüne Bundesregierung Deutschland sogar zurückgeworfen.“

Über das Ziel hinaus

■ Mit dem Eintrag neu zugelassener Pflanzenschutzmittel einen fünf Meter großen Abstand von nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen einhalten zu müssen, geht weit über EU-Recht hinaus und belastet die deutsche Landwirtschaft mit ungerechtfertigten Wettbewerbsnachteilen. Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wennes bei der neuen Regelung bleibt, dann gibt es künftig für Mais und Rüben keine Unkrautbekämpfung mehr.“

Augenwischerei

■ Den „neuen politischen Stellenwert für Kunst und Kultur“, den der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien in seiner Halbzeitbilanz besonders hervorhebt, lassen die Ausgaben, die dafür vorgesehen sind, leider nicht erkennen. Gerade mal mit dem, was

schon vor fünf Jahren zur Verfügung stand, müssen sich Kunst und Kultur auch heute noch begnügen. Norbert Lammert, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Mit Vorliebe packt Michael Nau- mann Projekte an, die Glanz versprechen, aber mit keinem Risiko verbunden sind.“

Wichtiges Standbein

■ Die im Gesundheitsreformgesetz 2000 erfolgte Streichung des Begriffs „Kur“ muss unbedingt wieder rückgängig gemacht werden. Diese Forderung hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU erhoben. Ohne dieses Markenzeichen geht ein wichtiges Motiv verloren, mit dem die deutschen Heilbäder und Kurorte für sich werben, auf die fast ein Drittel aller Gästeübernachtungen fällt. Klaus Brähmig: „Damit ist es aber nicht getan. Die Regierung sollte auch die Kampagne der Tourismus-Verbände unterstützen: für mehr Gesundheitsbewusstsein, Eigenverantwortung und Vorsorge.“

Wartezeitverkürzung

■ Es sollte nicht 375 Jahre dauern, wenn es auch in fünf bis zehn Jahren möglich ist, die Stasi-Unterlagen wieder lesbar zu machen, die in den

letzten Tagen der DDR in großem Stil vernichtet worden sind: 15.000 Sack mit 33 Millionen Blatt. Stellv. Vorsitzender des Innenausschusses Hartmut Büttner und innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, Erwin Marschewski: „Deshalb unser Antrag, moderne Systeme der Bildauswertung einzusetzen, um die Rekonstruktionsarbeit von derzeit 40 Mitarbeitern zu beschleunigen.“

Flurschäden

■ Die Finanzmittel für auswärtige Kultur- und Presse-einrichtungen werden massiv zusammengestrichen, diplomatische Vertretungen werden geschlossen. Der Deutschen Welle stehen einschneidende Kürzungen bevor. Politische Stiftungen müssen ein Auslandsbüro nach dem anderen zumachen. Kein Wunder, wenn das Bild, das die Weltöffentlichkeit von Deutschland hat, einseitig durch ausländerfeindliche Vorfälle bestimmt wird, vom deutschen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort aber immer weniger die Rede ist. Klaus-Jürgen Hedrich, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Der Schröder-Regierung ist offensichtlich an einer erfolgreichen Image-Werbung im Ausland wenig gelegen.“

Europaminister

■ Eine Reform des EU-Ministerrats sieht der europapolitische Sprecher der CDU/CSU ganz oben auf der Liste der Erfordernisse. Die Politik des Rats wird immer undurchschaubarer. Während die EU-Gesundheitsminister Programme gegen Nikotinsucht auflegen, fördern die Agrarminister Tabakanbau. Der Bürger in Europa muss für beides zahlen. Peter Hintze: „Deutschland sollte derartigen Widersprüchen ein Ende machen, bei sich mit einer besseren Koordinierung beginnen und in einem Bundesministerium für Europaangelegenheiten die heute noch auf mehrere Ministerien verteilten Kompetenzen bündeln.“

Straßendroge

■ Jüngste Vorfälle haben die Dringlichkeit einer neuen drogenpolitischen Diskussion drastisch vor Augen geführt. „Kokain im Glanz einer Jet-Set-Droge“ verharmlost die Gefahr. Ursula Heinen, Sprecherin der der Jungen Gruppe, und Hubert Hüppe, drogenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Das hässliche Gesicht der Straßendroge darf nicht versteckt werden. Rot-Grün muss die Kürzung der Mittel für Aufklärung über Rauschgift rückgängig machen.“

ANNETTE WIDMANN-MAUZ UND EVA-MARIA KORS:

Gesundheitspolitik für Frauen muß konkret werden

Zur aktuellen Diskussion über eine frauenspezifische Gesundheitspolitik erklärten die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz, und die zuständige Berichterstatterin, Eva-Maria Kors:

Die Forderungen nach einer konkreten frauenspezifischen Gesundheitspolitik werden immer lauter. Nicht zuletzt der Protestmarsch Brustkrebskranker Frauen in Berlin hat den politischen Handlungsbedarf deutlich gemacht. Fakt ist: die Bundesregierung unternimmt gesundheitspolitisch für Frauen in Deutschland zu wenig.

Grundsätzlich kommen Fortschritte der Medizin und Medizintechnik Frauen und Männern gleichermaßen zugute. Dennoch gibt es zahlreiche frauenspezifische Gesundheitsprobleme, die Anlass zur Besorgnis geben. Hierzu zählen vor allem Essstörungen, Depressionen, Knochenschwund (Osteoporose), Herz- und Kreislaufkrankheiten sowie Brust- und Gebärmutterhalskrebs. Die rot-grüne Budgetierungswut

erschwert zudem die Etablierung zusätzlicher Versorgungsangebote sowie innovativer Behandlungsmethoden.

Der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Antrag „Frauenspezifische Gesundheitsversorgung“ ist ein reines Alibi-Papier. Auf der Basis längst überholter Studien ist hier ein drei Jahre alter Antrag aus der Schublade geholt worden, der nicht in einem einzigen Punkt auf die gegenwärtigen Herausforderungen frauenspezifischer Gesundheitspolitik eingeht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat jetzt einen eigenen Antrag „Konkrete Gesundheitspolitik für Frauen“ vorgelegt, der den drängendsten Problemen gerecht wird. Wir fordern:

- **Bei Brustkrebs** ein flächendeckendes, qualitätsgesichertes und fachübergreifendes Brustkrebs-Früherkennungskonzept auch ohne Vorliegen von Symptomen zu fördern, die Screening-Mammographie eingebettet in ein interdisziplinäres medizinisches Früherkennungskonzept einzuführen und die Qualitätssicherung der Brustkrebsfrüherkennung durch



A. Widmann-Mauz



E.-M. Kors

Modellprojekte unter Einfluss von radiologischen Screening-Verfahren fachübergreifend zu fördern.

- **Bei Gebärmutterhalskrebs** ein Modellprojekt aufzulegen, um den Einsatz des Humanen Papillomavirus-Test (HPV-Test) zu untersuchen.

- **Bei Osteoporose** ein Programm zur Früherkennung, Prophylaxe und Therapie zu fördern, um Osteoporosefolgen frühzeitig zu vermeiden.

- **Bei der Gesundheitserziehung** darauf hinzuwirken, dass es bereits im Rahmen der schulischen Ausbildung ab der fünften Klasse zu einer intensiven geschlechtsspezifischen Gesundheitserziehung kommt.

Wir werden in der Gesundheitspolitik für Frauen nur vorankommen, wenn wir diese konkreten Maßnahmen beschließen.

Leistung muß sich wieder lohnen

Anlässlich der Einbringung des Antrags „Eckpunkte für eine Reform des Hochschuldienstrechts“ durch die CDU/CSU-Bundstagsfraktion erklärten der bildungs- und forschungspolitische Sprecher, Gerhard Friedrich, und der Berichterstatter für die Dienstrechtsreform, Thomas Rachel:

Im Hochschulrahmengesetz haben wir in der letzten Legislaturperiode durchgesetzt, dass bei der Verteilung staatlicher Mittel auf die Hochschulen und innerhalb der Hochschulen Leistungskriterien stärker berücksichtigt werden. Ein Dienstrecht, das auch bei der Besoldung der Hochschullehrer persönliche Leistung stärker honoriert, ist eine notwendige Ergänzung des neuen Hochschulrechts.

Wir haben deshalb jetzt eine Alternative zu den Vorschlägen von Bundesbildungsministerin Bulmahn mit folgenden Eckpunkten entwickelt:

■ Die Absolventen der Fachhochschulen haben wegen des praxisbezogenen Studiums beruflich hervorragende Perspektiven. Deshalb wollen wir die Fachhochschulen

stärken und die Lehre für qualifizierte Praktiker attraktiver machen. Dazu schlagen wir vor, die bisherige C 2/C 3-Besoldung durch eine Besoldungsgruppe zu ersetzen, deren Grundgehalt an C3 (ca. 8.000 DM) orientiert wird. Diese Besoldungsgruppe soll es weiter auch an den Universitäten geben. Insofern tragen wir der Gleichwertigkeit von Fachhochschulen und Universitäten mehr als bisher Rechnung.

■ Nach den Hochschulgesetzen der Länder ist es allerdings allein Aufgabe der Universitäten, den wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden. Auch die Forschung hat an den Fachhochschulen eine zwar zunehmende, aber nur begrenzte Bedeutung. Deshalb ist eine einheitliche Besoldung an allen Hochschulen nicht geboten und auch nicht finanzierbar.

Wettbewerb um die besten Köpfe

■ Zumindest für große Lehrstühle und die Leiter von Kliniken an Universitäten brauchen wir in Zukunft ein Professorenamt, dessen Grundgehalt sich an der bisherigen



G. Friedrich

T. Rachel

C4-Besoldung orientiert und mindestens 9.000 DM betragen sollte. Wer – wie unsere Bildungsministerin – mit zu niedrigen Grundgehältern einsteigt, nimmt unseren Universitäten jede Chance, im harten Wettbewerb um die besten Köpfe mit der Wirtschaft und den Hochschulen im Ausland zu bestehen.

■ Grundsätzlich soll am Beamtenstatus für Hochschullehrer/innen festgehalten werden. Dem Professorenamt im Beamtenverhältnis wird gleichberechtigt als Option der Professor im Angestelltenverhältnis zur Seite gestellt.

■ Zum Grundgehalt kommt auch künftig ein Familienzuschlag. Alterszulagen werden durch Funktions- und Leistungszulagen ersetzt. Die bisherigen Zulagen anlässlich einer Berufung oder von Bleibeverhandlungen bleiben erhalten. **UD**

Ökosteuer vernichtet die **Arbeitsplätze** die sie hat entstehen lassen sollen

Zu aktuellen Überlegungen in der Koalition über die Notwendigkeit der Bereitstellung eines Zuschusses für die Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dietrich Austermann**, der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss, **Steffen Kampeter**, sowie der Berichterstatter für den Arbeits- und Sozialhaushalt in der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hans Joachim Fuchtel**:

Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2001 ist ein Zuschuss zur Bundesanstalt für Arbeit (BA) nicht vorgesehen. Die Bundesregierung ging im Sommer davon aus, dass zunehmendes Wirtschaftswachstum in Verbindung mit zunehmender Beschäftigung und abnehmender Arbeitslosigkeit die Finanzierung der Ausgaben der BA allein aus Beitragseinnahmen ermöglichen würden. Davon ist nun offenbar nicht mehr die Rede:

Die zuständigen Ministerien (Wirtschaft, Finanzen und Arbeit/Soziales) werden der BA Eckwerte für die Aufstellung des Haushaltes der Bundesanstalt empfehlen, die von einer um rund 100.000 höheren als bisher angenommenen Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2001 (3,619 Mio. Arbeitslose) ausgehen. Dies erfordere einen Bundeszuschuss von mindestens 1,2 Mrd. DM. Bei 100.000 zusätzlichen Arbeitslosen/Leistungsempfängern ist von 3 Mrd. DM Mehrausgaben auszugehen.

Auch in der SPD wird diskutiert

In den Berichterstattergesprächen zwischen den zuständigen Abgeordneten des Haushaltsausschusses, dem Bundesfinanz- und dem Bundesarbeitsministerium wurde die Entscheidung über den Zuschuss wegen der „Eckwerte“ zurückgestellt. Auch in der SPD wird diskutiert, ob die sich eintrübende



D. Austermann S. Kampeter H.J. Fuchtel

Konjunktur einen Milliarden-Zuschuss notwendig macht.

Offensichtlich hält die Bundesregierung den durch den Anstieg der Energiepreise verursachten Konjunkturreinbruch für tiefgreifender, als sie bisher öffentlich zugeben will. Nicht zuletzt wegen der unsicheren Lage in Nahost geht die Bundesregierung jetzt wohl von einem auf mittlere Sicht konstant hohen Energiepreisniveau aus, das zu dramatischen Kaufkraftabflüssen aus Deutschland führt. Die von der Union schon immer als unzureichend kritisierten Wachstumsanstöße durch die rot-grüne Steuerreform werden 2001 von den Energiepreisen wohl nicht nur vollständig aufgezehrt, sondern sogar ins Gegenteil verkehrt!

Die Ökosteuer, der wegen der vielen Ausnahmen be-
kanntermaßen von Anfang

an jede ökologische Steuerungswirkung fehlt, verliert jetzt auch noch das Feigenblättchen – arbeitskostensenkend und deshalb arbeitsplatzschaffend: Weil die Ökosteuer sich als das I-Tüpfelchen auf dem Ölpreisschockerweist, vernichtet sie in einem Arbeitsgang über die steigenden Produktionskosten die Arbeitsplätze, die sie über die geringfügige Senkung der Lohnnebenkosten entstehen lassen sollte.

Kein schlüssiges Finanzkonzept vorgelegt

Weder zur Finanzierung des Bundesanteiles des Großflugzeuges A 3XX (Bundesanteil über 2 Mrd. DM von 12 Mrd. DM) noch zur Beschaffung des Transall-Nachfolgers FTA für die Bundeswehr (18-19 Mrd. DM für 73 Flugzeuge) konnte von den zuständigen Bundesministern ein schlüssiges Finanzkonzept vorgelegt werden.

■ In Sachen A 3XX streiten die Minister Müller und Eichel, ob ein Darlehen (Müller) oder eine Bürgschaft (Eichel) zur Verfügung gestellt werden soll.

■ Bezüglich des FTA glaubt Minister Scharping offensichtlich, dass er im

Falle eines „commercial approach“, also einer Vorfinanzierung durch die Industrie, ohne eine finanzielle Absicherung in seinem sinkenden Etat auskommen kann. Keine Mittel sind im Verteidigungsetat für strukturelle Verbesserungen bei der Bundeswehr und Regelungen zum sozialverträglichen Ausscheiden von Soldaten oder zivilen Mitarbeitern.

Die Antwort offen lassen musste Wirtschaftsminister Müller im Haushaltsausschuss auch auf Fragen nach der Zustimmung Brüssels zur im Haushalt vorgesehenen Steinkohlesubvention und der Holzmann-Rettung über Bundesmittel. Zwischenzeitlich ist die öffentlichkeitswirksame angebliche Rettung des Bau-Konzerns fast ein Jahr her. Immerhin: Der Bundeswirtschaftsminister ist „unglücklich über die schlepende Behandlung“.

Keine Auskunft gab es zur Deckung des Expo-Defizits von 2,4 Mrd. DM. Bei der vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel angekündigten Aufteilung des Defizits zwischen Bund und Land im Verhältnis 2:1 müsste der Bund für die übernommenen Bürgschaften mit zusätzlichen Mitteln im Haus-

halt 2001 in Höhe ca. 1,3 Mrd. DM einstehen, denn in den Haushalten 2000 und 2001 waren bzw. sind (bisher) lediglich jeweils rd. 150 Mio. DM zur allgemeinen EXPO-Finanzierung vorgesehen.

Schritt für Schritt den CDU-Zahlen näher gekommen

Einen Hoffnungsschimmer bietet allein die Entwicklung der Steuereinnahmen. Im Entwurf für 2001 mit 383,1 Mrd. DM gut 4 Mrd. DM niedriger angesetzt als in diesem Jahr, dürften sie 2001 tatsächlich auf mindestens 390 Mrd. DM steigen – der höchste Betrag seit 1949. Die gezielt zweckpessimistische Steuerschätzung aus dem Frühsommer 2000 wird jetzt Schritt für Schritt den seinerzeitigen Unions-Zahlen angenähert.

Trotz Steuerreform und Mehrausgaben für Investitionen durch ersparte Zinsen (UMTS) wird der Bundeshaushalt 2001 eine sinkende Investitionsquote aufweisen und zu einer steigenden Staatsquote führen, wenn es nicht doch noch gelingt, entscheidende Korrekturen in den abschließenden Haushaltsberatungen durchzusetzen.

UD

Anbieten von **Pflegeleistungen** nicht mit Generalverdacht belegen

Zur Verabschiedung des Heimbewohnerschutzes und des Pflegequalitätssicherungsgesetzes im Bundeskabinett und zum Antrag „Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung“ der Regierungskoalition erklärten der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann, und der zuständige Berichterstatter für Fragen der Pflegeversicherung, Ulf Fink:

Das Bundeskabinett hat die Referentenentwürfe zum Heimbewohnerschutz und zum Pflegequalitätssicherungsgesetz im Bundeskabinett verabschiedet und in den parlamentarischen Geschäftsgang gebracht.

Es wird nun genauestens zu prüfen sein, ob die Ziele beider Gesetze auch tatsächlich verwirklicht werden können. Zweck der Gesetze ist zum einen, die Qualität pflegerischer Leistungen einer verstärkten Kontrolle zu unterziehen und zum anderen, Bewohner von Pflegeheimen in ihrer Rechtsstellung zu schützen. Dieser Ansatz ist grundsätzlich rich-

tig. Andererseits muss beachtet werden, dass Anbieter von Pflegeleistungen nicht mit einem Generalverdacht belegt werden, was die Qualität ihrer Arbeit anbelangt.



W. Lohmann



U. Fink

Viel zu bürokratisch

Augenfällig ist, dass beide Gesetzesentwürfe ein hohes Maß an Bürokratisierung aufweisen. Dieser Umstand stimmt sehr bedenklich und lässt erhebliche Zweifel an der Geeignetheit der Gesetzesentwürfe zur Verbesserung der Pflegequalität aufkommen. Ein guter Beitrag zur Verbesserung der Pflegequalität wäre es gewesen, wenn sich die Bundesregierung dazu entschlossen hätte, die Kosten der Behandlungspflege bei stationärer Unterbringung von der Pflege-, in die Krankenversicherung zu verlagern. Mehrbelastungen in der GKV wären durch geeignete Kompensationsmaßnahmen zu vermeiden gewesen. Die hierdurch bei den Pflegesätzen freiwerdenden Mittel hätten dann für die Einstellung zusätzlicher Pflege-

kräfte verwandt werden können. Dies wäre ein gezielter Beitrag zur Verbesserung der Pflegequalität gewesen. Die oftmals psychisch und physisch sehr stark in Anspruch genommenen Pflegekräfte wären entlastet worden. Dies wiederum wäre allen Pflegebedürftigen zugute gekommen.

Darüber hinaus ist es dringend geboten, die Bedingungen für Altersverwirrte (Demenzranke) zu verbessern. Hierüber sagen beide Gesetzesentwürfe nichts aus.

Rot-grüne Hilfslosigkeit

Auch der Antrag zur „Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung“ hilft hier nicht weiter. Im Gegenteil: Der Antrag der Regierungskoalition stellt vielmehr ein beeindruckenden

des Dokument rot-grüner Hilfflosigkeit dar. Gesundheitspolitiker der Regierungsfractionen unternehmen mit diesem Antrag den untauglichen Versuch, zu bemänteln, dass sie den großen Herausforderungen im Bereich der sozialen Pflegeversicherung nicht gewachsen sind.

Seit dem Frühjahr 2000 hat die Bundesregierung mehrfache einen Gesetzesentwurf zur Einbeziehung von Demenzkranken in die soziale Pflegeversicherung angekündigt, aber bis zum heutigen Tage keinen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht. Geradezu bezeichnend ist, dass die Regierungskoalition nunmehr die eigene Bundesregierung dazu drängt, endlich einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Verwunderlich ist hingegen, dass kein Gesundheitspolitiker der Regierungsfractionen zu sehen war, als es darum ging, den Griff in die Pflegekassen durch das Eichel'sche Sparpaket zu verhindern. Denn hierdurch werden der sozialen Pflegeversicherung Einnahmen von jährlich 400 Mio. DM entzogen. Es kann daher nicht überraschen, dass man im Regierungslager nur noch 500 Mio. DM für die

Betreuung von Demenzkranken bereitstellen will, obwohl ein jährliches Volumen von mindestens 900 Mio. DM möglich wäre.

Sozialpolitisch unverantwortlich

Darüber hinaus wird im Antrag mit keinem Wort erwähnt, dass die seit 1995 unveränderten Pflegesätze dringend angehoben werden müssten. Eine Anhebung würde insbesondere den Schwerstpflegebedürftigen der Stufe 3 in den Heimen zugute kommen, die unter den bestehenden Bedingungen wieder vermehrt auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dieser Zustand ist sozialpolitisch unverantwortlich. Die Einführung der sozialen Pflegeversicherung verfolgte doch gerade den Zweck, die Schwersthilfebedürftigen sozialhilfefrei zu stellen.

Es zeigt sich also wieder, dass in der Regierungskoalition ein entsprechendes Problembewusstsein nicht vorhanden ist. Der Antrag zur „Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung“ liefert hierfür ein qualifiziertes Zeugnis, und die soziale Pflegeversicherung wird schließlich selbst zum Pflegefall.

PERSONAL- UND KOSTENINTENSIV

Zum Heimbewohnerschutzgesetz erklärte die seniorenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn:

Es ist grundsätzlich richtig, dass die Aufsichtsbehörden verstärkt umfangreiche Beratungsaufgaben gegenüber Seniorinnen und Senioren bzw. für ihre Angehörigen wahrnehmen sollen, um die Eigenverantwortung älterer Menschen zu unterstützen. Aber gerade Beratung ist personal- und damit kostenintensiv. Die Behauptung der Regierung, das Gesetz sei kostenneutral, ist aus Sicht der Kostenträger ein schlechter Witz.

Es ist ebenso fraglich, ob die versuchte Abgrenzung zwischen Heimen und anderen Wohnformen für Seniorinnen und Senioren in der Praxis zu sinnvollen Ergebnissen führt. Die unklare Formulierung wird erst durch die Rechtsprechung konkret werden. Damit fehlt für Investoren eine zuverlässige Grundlage, denn selbst wenn sie „nur“ eine Anlage für Betreutes Wohnen bauen wollten, kann es sein, dass sie den weitaus umfangreicheren (Bau-) Vorschriften des Heimgesetzes unterliegen. **UD**

Kultur des Alterns – Kultur der **Mündigkeit**

Unter diesem Motto fand vom 29. bis 31. Oktober der Deutschlandtag der Senioren Union in Göttingen statt. Zur achten Bundesdelegiertenversammlung waren ca. 300 Delegierte und zahlreiche Gäste gekommen.

Der Bundesvorsitzende Bernhard Worms wurde mit großer Mehrheit für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Der Bundesvorstand erfuhr mit elf neu hinzu gewählten Mitgliedern deutliche Veränderungen, elf Mitglieder des Geschäftsführenden- und des Bundesvorstandes wurden in ihrem Amt bestätigt.

Durch die Zustimmung der Delegierten zu einer Satzungsänderung wurde das Amt des Stellvertretenden Schatzmeisters neu geschaffen und Hans Schoppmayer in dieses Amt gewählt. Er wird neben dem Bundesschatzmeister, Günther Schacht, für „Sponsoring“ zuständig sein.

In den Resolutionen und Anträgen ging es um Themen wie das Zusammenleben von jüdischen und deutschen Mitbürgern in unserem Lande, um Bekämpfung jeglicher Art von Gewalt gegenüber Ausländern und gMenschen

anderer Kulturen und um altersspezifische Themen. Insgesamt 50 Anträge erfassten nahezu alle seniorenpolitischen und generationsübergreifenden Themen und boten einen breiten Rahmen für engagierte und zum Teil kontroverse Diskussionen.

Als besonderer Höhepunkt wurde von den Delegierten und Gästen eine Grundsatzrede der Parteivorsitzenden, Angela Merkel, aufgenommen und erlebt.

Grüßworte des CDU-Landesvorsitzenden Niedersachsen, Christian Wulff, der Vor-

sitzenden der Frauen Union, Rita Süßmuth, des Oberbürgermeisters von Göttingen, Jürgen Danielowski, des Präsidenten der Europäischen Senioren Union, Stefan Knäfl, und des Bundesvorsitzenden der CDA, Rainer Eppelmann, und anderen waren ein würdiger Rahmen.

Der ökumenische Gottesdienst in der Kirche St. Albani zu Göttingen war Auftakt des Deutschlandtages der Senioren Union und verwies in Ansprache und Fürbitten auf den Sinn der Arbeit dieser Vereinigung.

CDU THÜRINGEN

Althaus **neuer** Vorsitzender

Am 4. November fand der 13. Landesparteitag der CDU Thüringen in Zeulenroda statt.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die turnusgemäße Wahl des neuen Landesvorstandes. Zum neuen Landesvorsitzenden wählten die 138 Delegierten mit 92% den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Dieter Althaus. Ministerpräsident Bernhard Vogel, der die Par-

tei seit 1993 führte, stand für dieses Amt nicht wieder zur Verfügung.

Als Stellvertreter von Dieter Althaus wurden im Amt bestätigt: Staatssekretärin Birgit Diezel (91%) und der Finanzminister Andreas Trautvetter MdL (94%). Als weiterer Stellvertreter wurde Erfurts Oberbürgermeister Manfred O. Ruge (87%) gewählt. Landesschatzmeister ist wieder Dr. Klaus Zeh MdL (94%).

„SCHWARZWILD“-JAGD IM BUNDESTAG

Das neue **Online-Spiel** der Jungen Union geht auf Punktejagd

„Schwarzwild“ heißt das neue Online-Spiel der Jungen Union, das für viel Aufsehen bei den Usern und Medien gesorgt hat.

Es wurde im Rahmen der neuen Sympathie- und Werbekampagne entwickelt. Durch einen virtuellen Bundestag fege dhofiert es alle Klischees, die das politische Parakett zu bieten hat.

Und so funktioniert „Schwarzwild“: Vor dem Bundestag, bzw. inmitten seiner Katakomben geht der Spieler auf Jagd. Sein Ziel: Punkte sammeln, soviel wie möglich. Dafür hat er pro Spielebene 90 Sekunden Zeit. Doch Vorsicht, wir sind nicht im Beamtenstaat. In unserem kleinen, virtuellen Flurstück bewegen sich die Damen und Herren Volksvertreter immer schneller und entpuppen sich irgendwann als aalglatte, mal fix entwischende Politjongleure. Wers sich im weiten Gelände nicht verirrt, kann mit Fug und Recht von sich behaupten, den politischen Spielplatz gründlich verstanden zu haben.

Sind alle Ebenen durchlaufen, kann sich der Spieler in einer Online-Siegerliste verewigen. Auf dem Weg zum Sieg muß man für Angela Merkel eine neue Frisur aussuchen, die ihr dann von Coiffeur Guido Westerwelle aufs Haupt gezaubert wird. In

einem anderen Raum lehrt „Super-Edi“ Edmund Stoiber einen echten Schuhplattler, angefeuert vom Franz-Josef Strauß. Auch

Altkanzler Kohl fehlt nicht, er kommt zum Vorschein, wenn der Spieler mit etwas Geschick den „antikapitalistischen Schutzwall“, der durch des Ex-Kanzlers Zimmer verläuft, einreißt. Der Kaschmir-Kanzler und sein Umweltminister bekommen im Reichs-tag erst recht ihr Fett ab.

Hinter jeder Spielebene gibt es eine ganz und gar ernste These zu entdecken, die abseits der Punktejagd programmatische Aussagen der Jungen Union transportiert. Unter

kann „Schwarzwild“ gespielt und auch heruntergeladen werden. Zum Spiel gibt es eine Postkarte im Format eines Laptops, mit der Interessierte Informationen über die Junge Union anfordern können.

Machen Sie Ihr Spiel!

Die USA überholen

als weltweit führende Internet-Nation will Japan mit einem ehrgeizigen Kraftakt. Innerhalb der nächsten fünf Jahre sollen mehr als 60 Prozent der Bevölkerung angeschlossen sein. Um die Insel mit einem der modernsten Hochgeschwindigkeitsnetzwerke zu überziehen, will Ministerpräsident Yoshiro Mori die Förderung der Informationstechnologie zum Schwerpunkt seiner Wirtschaftspolitik machen.

Massen-E-mails verstopfen immer mehr die virtuellen Postkästen der Bundestagsabgeordneten: bis zu 50 Schreiben am Tag. Beliebtestes Thema im Augenblick: die Ökosteuern.



Schwarzwild

[http://](http://www.schwarzwild.com)

www.schwarzwild.com



BUNDESREGIERUNG

Nichts Wichtiges?

Bundeskanzler Schröder hat kurz und knackig die wöchentlich übliche Kabinetts-Sitzung einfach ausfallen lassen. Er und seine Minister hatten nichts zu entscheiden. Fehlender Handlungsbedarf heißt die offizielle Begründung. Da staunt der Fachmann, und der Laie wundert sich. Wäre es für die Bundesregierung nicht dringender ratsam gewesen, wenigstens einmal über den dramatischen Tiefstand des Euro-Kurses zu reden? Ein Thema immerhin, das vielen Deutschen voller Sorge auf den Nägeln brennt. Ganz so lässig sollte Schröders Minister-Riege nun doch nicht regieren. Bild

STEUERN

Wann ist Schluss?

Der Blick auf den Gehaltszettel wird immer mehr

zum Ärgernis: Von 100 Mark Brutto gehen jetzt schon 36 Mark ans Finanzamt und die Sozialversicherung. Mehr als ein Drittel seines hart verdienten Lohnes kriegt der Arbeitnehmer also nie zu sehen! Fast 2 Tage die Woche schufteten wir für den Fiskus. Wann ist Schluss damit? Etwa wenn wir am Ende gar nichts mehr rausbekommen? Bild

STEUERREFORM

Verschlechterung

Der Bundesfinanzminister verteidigt seine Steuerreform. Das ist verständlich. Doch wenn Hans Eichel auf dem Deutschen Steuerberatertag sagt, daß der Mittelstand nicht das Stiefkind seiner Reform sei, dann hat er nur eingeschränkt recht. Selbst wenn das Entlastungsvolumen in fünf Jahren verglichen mit heute rund dreißig Milliarden DM beträgt, so verschweigt er, daß unter seinem Vorgänger die Belastung der Unternehmen erst einmal zugenommen hat. Dies gilt um so mehr für den

Mittelstand, da hier die Gestaltungsmöglichkeiten im Vergleich zu den Großunternehmen eher begrenzt sind. Ganz massiv hingegen verschlechtert sich die steuerliche Lage bei der Unternehmensveräußerung. Nur ein Prozent der Anteile bei einem Verkauf ist steuerfrei. Das trifft mittelständische Unternehmer, Handwerker, die wegen Nachfolgeschwierigkeiten sich von ihren Unternehmen trennen, genauso wie denjenigen, der sich als Risikokapitalgeber an einem Betrieb auf Zeit beteiligt.

Frankfurter Allgemeine

ERBSCHAFTS- STEUER

Balsam für Linke

Der SPD-Fraktionsvize Joachim Poß ist ein strategisch denkender Politiker. Wenn er jetzt ohne Not eine Debatte über die steuerliche Neubewertung des Immobilienbesitzes und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer anstößt, dann wird er sich etwas dabei gedacht haben.

Gründungsjahr 1999

Offensichtlich hat sich wegen der pragmatischen Politik der Bundesregierung in der SPD-Linken soviel Ärger aufgestaut, dass Streicheleinheiten notwendig sind. Dazu eignet sich ein so emotionales Thema wie die Erbschaftsteuer besonders gut. Bei den Freunden größerer sozialer Gerechtigkeit wird die SPD damit Punkte machen. Dem steht aber erheblicher Schaden gegenüber, weil die auf Steuersenkungen ausgerichtete Politik der Bundesregierung in Misskredit gerät. Handelsblatt

DOSENPFAND

Strafe für Einweg

Das Dosenpfand kommt. Pünktlich zu seiner Halbzeitbilanz konnte Bundesumweltminister Jürgen Trittin verkünden, dass er seine Länderkollegen auf Linie gebracht hat. Für die Grünen stellt die Strafmaßnahme für Einwegverpackungen ein Glaubensbekenntnis dar. Tenor: Einweg ist schlecht, Mehrweg ist gut. Doch so

simpel ist die Welt nicht. Unter Umweltaspekten ist die Wiederverwendung von Einwegverpackungen nicht bedenklicher als Mehrwegsysteme. Überdies ist keineswegs ausgemacht, dass die Einführung eines Zwangspfands die Dosenflut eindämmt. Selbst Naturschützer warnen, dass der Schuss nach hinten losgehen könnte. Durch das Pfand ver-schwimmt der Unterschied zwischen Einweg und Mehrweg. Die Welt

STREIK

Die Ärzte und die Halbzeit

Der Bundesgesundheitsministerin steht in der zweiten Halbzeit ein schweres Spiel bevor. Die Stimmung in Praxen und Krankenhäusern ist so schlecht wie noch nie. Ärzte streiken. Patienten mit schweren Erkrankungen sind empört, weil sie oft nicht mehr die bestmögliche Medizin erhalten. Klinikärzte klagen über Millionen unbezahlter Überstunden. Ob-

wohl die Misere offensichtlich ist, verspricht die Bundesregierung noch immer, dass der Standard der medizinischen Versorgung unter dem Sparzwang nicht leidet.

PDS

Einfältig

Es gibt Themen in Deutschland, die können nicht aus der Perspektive des Thüringer Waldes behandelt werden. Weder die Arbeitslosigkeit, noch die Frage, wie viel Rente jemand zu bekommen hat. Das wird PDS-Chefin Gabriele Zimmer irgendwann begreifen. Dass aber in Deutschland nicht über „Deutschland“ räsoniert werden kann, indem man beteuert, es sei „schön“ und man „liebe“ es, sollte am Ende des Rennsteigs schon angekommen sein. Niemand hat Gabriele Zimmer gezwungen, eine der schwierigsten politischen Debatten dieser beiden zusammengekommenen Republiken auf solch einfältige Weise zu behandeln. Berliner Zeitung

CDU-Schaukästen



Zu erwartende Preisveränderungen beim CDU-Schaukasten

Der anhaltend starke Dollarkurs hat nicht nur die Benzin- und Ölpreise in die Höhe getrieben, sondern auch den Preis für das Aluminium. Seit April 2000 ist dieser Preis um ca. 25 % gestiegen.

Eine Entspannung am Markt ist nicht in Sicht, es wird vielmehr von weiteren Erhöhungen gesprochen. Auch die Preise für die Oberflächenveredelung des Aluminiums (Eloxierung und Einbrennlackierung) sind aufgrund der hohen Energiekosten gestiegen, dazu dann noch die Verteuerungen bei den Kunststoffteilen, Verbindungsteilen aus Edelstahl, Verpackungsmaterial und natürlich bei den Transportkosten.

Aufgrund dieser Tatsache ist mit entsprechenden Preisveränderungen zu rechnen. Nach Abschluß der endgültigen Kalkulation werden die aktuellen Preise mit dem Gesamtangebot 1/2001 veröffentlicht.

Wir bitten um Ihr Verständnis für diese, auch für uns nicht angenehme, Situation.



Bestellschein

- Außenwerbemittel -

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

CDU-Bundesgeschäftsstelle
HA Öffentlichkeitsarbeit
Herrn Dembinski
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

CDU-Verband

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Fax: 030/22070-389

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	CDU-Schaukasten , wetterfeste Ausführung aus Aluminium mit magnehaftender Rückwand, Außenmaße: 100,7 cm x 85,7 cm x 7 cm	460,00 DM	
	- Ständergarnitur	165,00 DM	
	- Beleuchtungsgarnitur	100,00 DM	
	Mastanhänger , DIN A1, komplett, Preis bis 500 Expl.	17,95 DM	
	Preis ab 501 Expl.	16,50 DM	
	Ersatz Pappträgerplatte	2,50 DM	
	Ersatz-PE-Hülle mit Stäben	3,00 DM	
	Schnellspannband, für Mastanhänger	0,70 DM	
	Klebeband (glasfaserverstärkt), 50 m	4,00 DM	
	Dachständer , DIN A1, ohne Scheiben	64,00 DM	
	DIN A1, mit Scheiben	110,00 DM	
	DIN A0, ohne Scheiben	84,00 DM	
	DIN A0, mit Scheiben	160,00 DM	
	Einzelstellfläche , DIN A1	25,00 DM	
	DIN A0	34,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,39 m ohne PVC-Scheiben	113,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	133,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A1, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	119,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	139,00 DM	
	Dreieckständer , DIN A0, Höhe 1,62 m ohne PVC-Scheiben	148,00 DM	
	mit PVC-Scheiben	180,00 DM	

Die Berechnung und Lieferung dieser Bestellung erfolgt durch den jeweiligen Hersteller. Alle genannten Preise verstehen sich zzgl. MwSt. und Frachtkosten

Datum

Unterschrift



Union Betriebs Gm
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Po
Entgelt bezahlt.

2600-5-42720AKV

168/ 49
G 8457

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin



Mailing-Karte

– What's new @ cdu.de –

Verpackungseinheit 100 Expl. Kostenlos

Bestell-Nr.: 6690

E-Mail für alle:

In Zukunft werden interessierten Bürgerinnen und Bürgern per E-Mail/SMS über aktuelle politische Themen direkt aus der CDU-Bundesgeschäftsstelle informiert.

Diese Mailing-Karten können von den Ortsverbänden bei Veranstaltungen, Canvassing-Aktionen etc. eingesetzt werden.

Die ausgefüllten Karten sollen von den Ortsverbänden oder den jeweiligen Interessenten direkt an die **CDU-Bundesgeschäftsstelle**, HA Öffentlichkeitsarbeit, 10785 Berlin geschickt werden.

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de